Nummer 19 — Halle, Dienstag, den 23. Januar 1923 — 58. Jahrgang

Einzelpreis: Vierzig Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Werktag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 775.00 Mark, durch die Post bezogen frei Zustellung monatlich Mark 775.00, in Zweigbezirken abgeholt Mark 750.00 monatlich. Die achtgespaltene Petitzeile (Millimeterzeile) kostet im Textteile Mark 40.00, im anzeigenreichen Textteile Mark 60.00. Reklamen die Millimeterzeile mit 150.00 m. auswärtigen Textteil. Anzeigen-Preise: siehe Tarif vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Sammelnummern 7431. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Drahtt-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Strauss, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22813. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugsbedingungen sind stets nur für ein Jahr, ohne rechtzeitige Kündigung des laufenden Bezuges gültig.

Wachsende Verlegenheit in Paris.

Verschärfung des Widerstandes / Streik auf den Stinnezechen / Neue Gewaltmaßnahmen
Wirrwarr im Telegraphenverkehr / Die englische Gegnerschaft gegen die Ruhraktion wächst.

Der Widerstand im Ruhrgebiet.

Essen, 23. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die passive Resistenz der gesamten Bevölkerung gegen die Franzosen macht immer weitere Fortschritte. Neuerdings werden auch keine französischen militärischen Telephongespräche zugelassen. Wo die Franzosen in ihren Hotelzimmern eigene Telephone haben, sind ihnen von der Zentrale die Drähte durchgeschnitten worden. Gestern vormittag traten die Arbeiter sämtlicher freien Gewerkschaften, der Bergarbeiter, der Metallarbeiter, der Eisenbahner usw. zusammen und faßten eine Entschließung. Darin wurde gegen den völkerrechtswidrigen Einbruch der Franzosen Protest erhoben und folgendes beschlossen: „Wo französische Soldaten eine Arbeitsstätte betreten und sich dort niederlassen, sollen die Arbeiter sofort ihre Tätigkeit einstellen. Den Weisungen des Reichspostministers gemäß verweigern von gestern mittag an sämtliche Telephonvermittlungsstellen des Rohrgebietes Verbindungen, die von der französischen Besatzungsbehörde verlangt werden, herzustellen. Der französische Kommandant hat an die Behörde der Post- und Telegraphenbeamten und -arbeiter ein Schreiben gerichtet, in dem er darauf hinweist, daß auf seine „Kurzsprache" hin die Verhaftung der verhafteten Direktoren erfolgt sei und daß im beiderseitigen Interesse (!) läge, wenn in Zukunft ein Handinhandarbeiten zwischen Post und Besatzung (!) stattfände. Darauf ist ihm das folgende Schreiben übermittelt worden, worin es heißt: Um keinen Zerrissen in der Auffassung der Lage und unserer Stellungnahme aufkommen zu lassen, erklären wir im Namen aller Beamten, Beamtinnen, Angestellten und Arbeiter, daß wir uns nach wie vor an die Weisungen unserer rechtmäßigen Regierung gebunden halten, der wir durch Diensteid bzw. durch Vertrag verpflichtet sind. Das Schreiben ist von sämtlichen Angestelltenverbänden unterzeichnet. Gleichzeitig haben die Verbände ihre Mitglieder aufgefordert, nur nach diesen Weisungen zu handeln. Die gesamten Belegschaften einschließlich aller Beamten der Betriebe des Essener Bergwerksvereins König Wilhelm haben schärfsten Protest gegen die militärische Verhaftung ihres Leiters, des Generaldirektors Wüllenhofer, erhoben. Sie erklären, daß sie in der Festnahme einen gegen jedes Recht verstoßenden Akt erblicken, dessen Tragweite heute noch nicht zu übersehen sei. Im Bewußtsein ihres Rechtes fordern sie die sofortige Freilassung, andernfalls würden sie die Verantwortung für alle hieraus entstehenden Folgen ablehnen müssen. Die in der Rheinschiffahrt beschäftigten Maschinisten und Heizer hielten am Sonntag eine Konferenz ab, in der sie sich mit der Beschlagnahme und Umleitung von Kohlentransportschiffen durch die Franzosen beschäftigten. Einstimmig wurde beschlossen, die Kohlenschiffahrt sofort stillzulegen. Die Arbeiter und Angestellten der Stinnezechen erhielten Kenntnis davon, daß ihre Abordnung von dem kommandierenden General der Besatzungstruppen in Düsseldorf trotz wiederholter Bitten des Herrn Regierungspräsidenten nicht vorgelassen wurde, um gegen die Verhaftung ihres Generaldirektors Spindler Protest einzulegen. Die Abordnung wird in Mainz an maßgebender Stelle nochmals die Freilassung des Verhafteten fordern. Die gesamte Arbeiter- und Angestelltenschaft der Stinnezechen wird durch diese neu geschaffene Lage am Dienstag morgen in den Proteststreik eintreten. Nur Notstandsarbeiten werden verrichtet.

Deutscher Streikerfolg.

Dortmund, 23. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Der Beamten- und Vorstand des Hauptbahnhofes Dortmund und die beteiligten Gewerkschaften teilen mit: In der Angelegenheit des Streiks auf dem hiesigen Hauptbahnhof fand hier am 22. Januar unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Eichhoff eine Besprechung statt, an der der Vertreter der hiesigen Eisenbahnbehörde und Eisenbahnarbeiter einerseits und der Besatzungsbehörde andererseits teilnahmen. Das Ergebnis war, daß der Eisenbahnbetrieb am 29. Januar 10 Uhr abends in vollem Umfange unter folgenden Voraussetzungen wieder aufgenommen werden soll: 1. Die Besatzungsbehörde darf Beamte und Arbeiter der Eisenbahn bei Ausübung ihres Dienstes nicht mehr verhaften lassen, sondern Differenzen bei dem den Dienstleuten vorgesetzten Amtsvorsteher anbringen, der die Untersuchung in Gemeinschaft mit der Arbeiter- und Beamtenvertretung anstellt. 2. Keinerlei Eingriffe der Besatzung in den Eisenbahnbetrieb und Verzicht auf Besetzung und Ueberwachung der Eisenbahnfernsprechzentrale durch französische Posten. 3. Verzicht der Besatzungsbehörde auf die verlangte Entschädigung des Vertreters des Oberbahnhofsvorstehers bei französischen Offizieren. 4. Freigabe von drei beschlagnahmten Zimmern auf dem Hauptbahnhof. Die Erfüllung der verlangten Voraussetzungen wurde nach vierstündiger Verhandlung von der Besatzungsbehörde restlos zugesichert. Der Eisenbahnbetrieb wurde um 10 Uhr abends in vollem Umfange wieder aufgenommen.

Die Kriegsgerichtsverhandlung.

Mainz, 23. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Wie aus französischer Quelle verlautet, wird die kriegsgerichtliche Verhandlung gegen die verhafteten Großindustriellen erst zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden. Die für Dienstag angesetzte Verhandlung ist vorläufig verschoben worden. Gegen die Herren Schlitzlus und Raiffeisen ist der kriegsgerichtliche Termin noch nicht festgesetzt, weil die Akten noch nicht eingetroffen sind. Die Zechenbesitzer sind im französischen Militärgefängnis in Einzelhaft untergebracht. Rechtsanwalt Grimm hat noch als Verteidiger den Rechtsanwalt Neumann (Mainz) und den französischen Anwalt L'Eclaire zugezogen. Zum Reichsbeistand der Verhafteten wurde gestern eine Besprechung mit den Festgesetzten zugesandten. Der Regierungspräsident von Düsseldorf, Grützner, ist nach Mainz abgereist, um mit den Arbeitervertretern zusammen mit dem französischen Kommissar Girard über die Freilassung zu verhandeln.

Es ist nicht das erstemal, daß Fritz Thyssen im Gefängnis sitzt. Am 8. Dezember 1918 ist er mit einigen seiner Mitarbeiter verhaftet und nach Moabit gebracht worden, weil er von Unsrigen rechtlich beschuldigt wurde, das Ruhrgebiet an die Franzosen verraten zu haben. General Denvignes, der jetzige Zivildelegierte des neubesetzten Gebietes, ist kein Fremder im Hause Thyssen. Er hat im vorigen Herbst die Gruben im benachbarten Hamborn besucht. Damals wurde, wie man in Mülheim erzählt, von französischer Seite Fühlung wegen eines Zusammenwirkens der Schwerindustrie beider Länder gesucht. Zu eigentlichen Verhandlungen ist es aber nicht gekommen, da die rheinisch-westfälische Industrie sich damals auf den Standpunkt stellte, daß eine vertrauensvolle Zusammenarbeit so lange unmöglich sei, als die Rheinlande besetzt seien.

Ein neuer Märtyrer.

München, 23. Januar. (Eig. Drahtmeldung.) Wie die T. U. erfährt, haben die Franzosen den Regierungspräsidenten der Pfalz Dr. v. Clingensberg ausgewiesen. Die Ausweisung gilt für Dr. v. Clingensberg für sofort, für seine Familie bis zum 27. Januar. Die Ausweisung ist deswegen erfolgt, weil der Regierungspräsident es abgelehnt hat, die Weisungen der Franzosen auf Grund der Beschlagnahme der pfälzischen Staats- und Gemeindewaldungen auszuführen.

Andauernde Ausweisungen deutscher Beamter.

Köln, 23. Januar. (Eig. Drahtmeldung.) Die Franzosen fahren fort, nicht nur die Chefs sämtlicher Behörden, sondern auch deren Vertreter und Stellvertreter auszuweisen. Auf die deutsche Einwendung, das sei bei diesem Vorgehen bald ohne Beamte sein würden, wurde entgegnet, das ist nur recht, denn dann würden ihre Leute auf die freigewordenen Posten gesetzt. Auf Grund der Ordonnanz 134 haben die Franzosen gestern die städtischen Wälder um Wiesbaden beschlagnahmt. Die Polizeipräsidenten Nagel und Zeigner in Mainz wurden heute vormittag von der französischen Behörde in Haft genommen. In Wiesbaden erhielt der Oberregierungsrat Epping, der für den ausgewiesenen Präsidenten von Reebern die Führung der Amtsgeschäfte des Regierungspräsidenten übernommen hatte, einen Ausweisungsbefehl, der binnen zwei Stunden vollstreckbar war. Ebenso wurde seine Familie mit einer Frist von vier Tagen ausgewiesen.

Die Abwehr der Arbeiterschaft.

Essen, 23. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) Heute morgen sind die Stinnezechen in den Streik getreten. Die Arbeit ruht auf den folgenden Zechen: Mathias I. II. III und IV, Viktoria Matthias, Friedrich Ernestus, Vereinigte Sehlheim, Graf Beust und Carola Marie.

Die englische Justizbehörde über die Ruhraktion.

Bruch des Friedensvertrages.

Berlin, 23. Januar. (Eig. Drahtmeldung. Die Entwicklung der Ruhrkrise ruft in London schwere Sorgen hervor. In den offiziellen Kreisen befürchtet man sehr, daß in jedem Augenblick Komplikationen entstehen können, die die britische Regierung dazu zwingen könnten, eine andere als abwartende Haltung einzunehmen. Diese Möglichkeit wird noch erhöht durch die unmißverständliche Antwort, durch welche die englische Justizbehörde auf eine Anfrage Bonar Laws geantwortet habe, ob nicht die unabhängige Aktion Frankreichs im Ruhrgebiet einen Bruch des Versailler Vertrages darstelle und als solcher das gesamte Friedensdokument von Versailles wertlos macht. Die Justizbehörde ist der Ansicht, daß im streng gesetzlichen Sinne der Vertrag von Versailles durch das französische Vorgehen gebrochen worden ist. In politischen Kreisen herrschte gestern abend hier das Gefühl, daß die Entscheidung der Besatzungsbehörden vielleicht einen Bruch zwischen der englischen und französischen Regierung voraussehen lasse.

„Ein Kampf auf Leben und Tod."

London, 22. Januar. Die gesamte Presse befaßt sich eingehend mit der durch die französisch-belgischen Maßnahmen im Ruhrgebiet geschaffenen ernsten Lage und hebt die wachsende Erregung der deutschen Bevölkerung hervor. Sogar die „Daily Mail" gibt heute in einem Telegramm aus Essen zu, daß im Ruhrgebiet eine gefährliche Lage entstanden sei und daß ernstliche Unruhen unvermeidlich erscheinen, „wenn nicht eine Sinnesänderung unter den widerspenstigen Arbeitern und Einwohnern eintritt." Die „Daily News" schreiben, es sei ein Kampf auf Leben und Tod im Ruhrgebiet im Gang. Der „Daily Express" weist darauf hin, daß im Ruhrgebiet jetzt Chaos herrscht und daß der gesamte Bezirk dem Ruin verfällt. Der „Daily Herald" schreibt in Fettdruck: „Die Arbeiterschaft fordert eine Aktion gegen die Ruhrinvasion," und führt die Worte Ramsay Macdonalds in seiner gestrigen Rede in Glasgow an: „Wir können nicht beiseite stehen und zusehen, daß die deutschen Hilfsquellen durch die französische Aktion verdorben werden."

Sorge um den französischen Gesandten.

München, 23. Januar. (Eig. Drahtmeldung.) Wie die T. U. erfährt, hat bereits vor einigen Tagen die bayrische Regierung die Reichsregierung darauf aufmerksam gemacht, daß sie für die Sicherheit des französischen Gesandten Dards keine Gewähr mehr übernehmen könne. Die Reichsregierung hat in diesem Sinne nach Paris Mitteilung gemacht.

Paris, 23. Januar. (Eig. Drahtmeldung.) Bezüglich des Streiks im Ruhrgebiet und der Androhung neuer Streiks für den Fall, daß Fritz Thyssen und die übrigen Verhafteten nicht freigelassen werden, teilt der „Petit Parisien" mit, die französische Regierung würde sich nicht einschüchtern lassen. Im übrigen würden die Militärbehörden bezüglich Erpressungsversuchen ein für allemal ein Ende machen und beabsichtigen infolgedessen die wirtschaftliche Abtrennung des Ruhrgebietes vom übrigen Deutschland.

Die Feuerprobe der Abwehrfront.

Die Entwicklung der letzten Wochen, die unerhörte Steigerung der brutalen französischen Zwangsmaßnahmen in dem vergewaltigten Ruhrgebiet hat gezeigt, wie sich im Widerstand gegen die militärische Diktatur und gegen die wirtschaftliche Ausbeutung die gesamte Bevölkerung des Ruhrbeckens in allen ihren Schichten zusammengefunden hat und wie sie sich dabei auf den geschlossenen Rückhalt des ganzen deutschen Volkes stützen kann. Die deutsche Abwehrfront liegt zurzeit unter dem schärfsten Druck des feindlichen Ansturms und hat ihm gegenüber ihre Festigkeit und ihre Widerstandskraft zu beweisen. Das Vertrauen Deutschlands in den Willen und die Fähigkeit zu dieser Leistung ist unbeirrt und wächst mit jedem Tage der Hoffnung entgegen, daß durch diesen moralischen Widerstand die feindlichen Absichten zuschanden gemacht werden. Je weniger sich diese Hoffnung auf die Erwartung einer Hilfe von außen stützen kann, je klarer sie erkennen muß, daß die Mitunterzeichner des Versailler Vertrages untätig zusehen, wie die Rechte dieses Instrumentes von einem der Unterzeichner aufs schnödeste mißachtet und mit Füßen getreten werden, um so mehr ist sie auf die Kräfte angewiesen, die in unserem Volke selbst lebendig sind und geweckt werden. Die Kundgebung, in der sich die Gewerkschaften aller Richtungen und die Beamtenorganisationen der verschiedenen Orientierungen vereinigt haben, um in einem Treugelöbnis an die bedrängten Brüder und Berufsgenossen im Ruhrgebiet bereitwillige Unterstützung zu geloben und die Kräfte des Widerstandes aufzurufen und zu stärken, ist eines der merkwürdigsten Ereignisse dieser Tage. Die Abwehrfront der Arbeitnehmerschaft ist damit lückenlos zusammengeschlossen, sie ist sofort in den schärfsten Kampf eingerückt, und sie hat in diesem Kampf bereits erhebliche moralische Gewinne zu verzeichnen.

Dem Widerstand der Arbeiterschaft ist wohl in erster Linie die Freilassung des einen der beiden Leiter der staatlichen Grubenbetriebe im Ruhrbezirk, des Oberbergrats Ahrens, zu verdanken, und auch die am Montag nachmittag allerdings noch nicht zuverlässig bestätigte Nachricht, daß die französischen Truppen aus der fiskalischen Gruben zurückgezogen wurden, hat ihren Anstoß sicherlich in der Haltung der Bergarbeiterschaft und der Zechenbeamten. Die französischen Generäle Simons und Danvignes haben bei einer Unterredung mit den Vertretern des Gesamtbetriebsrates der staatlichen Gruben alle Minen französischer Rhetorik springen lassen, aber sie sind auf eine eisige Kälte der Ablehnung gestoßen. „Messieurs les ouvrier" haben zur Kenntnis genommen, daß die Generäle „glücklich waren", mit ihnen sprechen zu dürfen und daß sie auch gern mit Vertretern „der wackeren Eisenbahner" verhandeln möchten. Sie haben, ohne mit der Wimper zu zucken, gehört, wie gut es „das edle Frankreich" mit der Ruhrarbeiterschaft meine, und sie haben auf alle diese Teraden nur die eine Antwort gegeben, daß die Aufrechterhaltung der Verhaftungen und der Fortbestand der militärischen Besetzung sie nach Ablauf einer gemessenen Frist zu den schärfsten Gegenmaßregeln zwingen würde. Auf einer Reihe von Gruben ist dieser Widerstand bereits praktisch geworden durch die Einstellung der Arbeit. Schulter an Schulter mit den Bergleuten stehen die Eisenbahner, und in derselben Front die Angestellten der von den Besatzungsbehörden vergewaltigten Bankunternehmungen. Der Aufruf des preußischen Landwirtschaftsministers führt in dem besetzten Gebiet auch die Arbeiter und Angestellten der staatlichen Forstverwaltung in die Reihen der Verteidigung. Allenthalben bekundet sich so der Wille, der Gewalt zu widerstehen in starker Opferbereitschaft und mit selbstverständlichem Einsatz der Organisationen wie der einzelnen Persönlichkeit. Die Arbeiterschaft des Ruhrbeckens bietet das Bild einmütiger vaterländischer Gesinnung und Zuverlässigkeit, wie sie es schon in ihrem Kampf gegen die Sonderbundbestrebungen mit erfreulicher Energie gezeigt hat und wie man es unter dem Druck der feindlichen Invasion nicht anders von ihr erwartete. Hinter ihr steht die gesamte deutsche Arbeiterschaft mit der unrühmlichen, aber belanglosen Ausnahme einer kleinen irregeleiteten Gruppe. Diese Tatsache ist eine der stärksten Sicherheiten für den Bestand der deutschen Abwehr und für ihren schließlichen Erfolg. Sie führt zu dem bereitwilligen Anerkennen der einwandfreien vaterländischen Haltung, die die deutsche Arbeiterschaft gegenüber allen den schweren und gefährlichen Bedrohungen von außen her in den letzten Jahren gezeigt hat, in Ostpreußen und Oberschlesien wie in Schleswig, wie am Rhein, so jetzt an der Ruhr. Kurzsichtigkeiten und Unglücklichkeiten einzelner von der Parteiagitation lebender und in ihren engen Grenzen befangener Personen oder Instanzen dürfen und können dieses Bild nicht beeinträchtigen.

Die deutsche Arbeiterschaft weiß — und so weit es ihr noch nicht klar geworden war, hat sie es unter dem Druck der Ereignisse dieser Jahre gelernt — daß ihr Schicksal unlösbar verbunden ist mit dem Schicksal der deutschen Volksgesamtheit und der deutschen Republik. Dieses Bewußtsein wird in ihr vertieft und verstärkt durch den Druck, mit dem sie von machtgierigen und rechtsbrüchigen Störenfrieden als Teil der deutschen Volksgesamtheit bedroht und bedrängt wird, und sie ist klug genug und würdig genug, die Empörung über solche Gewalt nicht preiszugeben um schöner Worte willen. Sie sieht in diesen Tagen klarer, als sie es vielleicht bisher zu erkennen Gelegenheit und Möglichkeit hatte, daß auch die Arbeitgeberschaft, Unternehmer und leitende

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230123019/fragment/page=0001

Beamte, in ihren Handlungen geleitet werden von einem Pflichtgefühl gegenüber ihren Aufgaben und gegenüber der Gesamtheit, das die härtesten Opfer und die schwersten Gefahren nicht scheut. Auch diese Erkenntnis trägt das Ihrige dazu bei, die Scharen der Arbeiterschaft als willige und entschlossene Mitkämpfer auf die Schanzen der deutschen Abwehrfront zu führen. An dem starken Willen und an dem unbeirrbaren Rechtsgefühl, das hinter dieser Abwehrfront steht, brandet der Ansturm der feindlichen Invasion empor. Die Zahl der ins Ruhrgebiet einflutenden französischen Truppen nähert sich dem dritten Hunderttausend. Jeder neu einrückende Krieger verstärkt den Willen der siegreichen Generäle, mit ihren Forderungen durchzudringen. Jede neue Vermehrung des Drudes, des Unrechts, der Not und der Gefahr verstärkt aber auch zugleich die Erkenntnis, daß ein Sichfügen nichts anderes bedeuten müßte als ein Sichselbstaufgeben, als ewige Versklavung, als den Untergang des Rechtes und den Zusammenbruch Deutschlands. Diese Erkenntnis stählt den Geist der Abwehrbereitschaft zu äußerster Kraftentfaltung.

Neigung zum Einlenken?

Paris, 22. Januar. In Kreisen, die dem Abgeordneten Herriot nahestehen, wird behauptet, daß Poincaré nicht mehr geneigt sei, der von den Militärs und den ihnen nahestehenden Politikern eingeschlagenen Methode schärfster Gewaltmaßnahmen im Ruhrgebiet zu folgen. Es verlautet, daß die Zurückziehung der Truppen von allen Bergwerken erfolgen wird, und daß man sich bemühen wird, den Forderungen der Arbeiter entgegenzukommen, um einen Streik zu verhindern und die Produktion aufrechtzuerhalten. Man ist in der Erwartung eines italienischen Vermittlungsvorschlages. Es gehen sogar Gerüchte um, daß dieser Vermittlungsvorschlag bereits unterwegs nach Berlin sei. Zwischen London und Paris ist ein lebhafter Meinungsaustausch im Gange, der angeblich sich auf einen neuen Vorschlag der englischen Regierung zur endgültigen Lösung des Reparationsproblems bezieht.

Der italienische Vermittlungsvorschlag soll zunächst von dem Grundgedanken ausgehen, daß die deutsche Regierung sich bereiterklärt, einer interalliierten Kommission von Zivilingenieuren die Kontrolle und Sicherstellung der Reparationskohlenlieferung aus dem Ruhrkohlengebiet zu gestatten. Auf Grund dieses Zugeständnisses soll dann die französische Regierung sofort ihre gesamte Truppenmacht aus dem Ruhrgebiet zurückziehen.

Irgendwie amtlich bestätigen sich die Nachrichten noch nicht; immerhin zeige sie die wachsende Verlegenheit, in die Frankreich durch seine Politik gerät.

Macdonalds Vorschläge.

London, 22. Januar. In seiner Rede bei einer großen Kundgebung der unabhängigen Arbeiterpartei in Glasgow verlangte heute Ramsay Macdonald, daß die Frage der Rechtmäßigkeit des Eindringens in das Ruhrgebiet an das Schiedsgericht des Völkerbundes im Haag verwiesen werde. Weiter forderte er die Zurückziehung der britischen Besatzungstruppen, insofern deren Anwesenheit die gegenwärtigen politischen und militärischen Ziele der französischen Regierung unterstütze. Schließlich schlug Macdonald eine Gegenpolitik eines wirtschaftlichen Uebereinkommens zwischen Großbritannien und Deutschland vor.

Die französische Antwortnote auf Bochum.

Berlin, 22. Januar. (Eig. Drahtmeldung.) Die französische Antwortnote auf die deutsche Note über den Zwischenfall in Bochum, bei dem ein Deutscher getötet worden war, ist eingetroffen. Die Note enthält nicht einen einzigen Ausdruck des Bedauerns und erklärt nur, daß jede Gefährdung der Sicherheit der französischen Truppen nach wie vor auf das strengste geahndet werden würde. Da es sich bei dem bekannten Vorfall um keinerlei Bedrohung der französischen Truppen handelte, sondern nur das Absingen deutscher Lieder durch einige Passanten, so entbehrt die Beantwortung der deutschen Note durch Poincaré nicht eines gewissen Hohnes.

Die Militärherrschaft.

Recklinghausen, 23. Januar. (Eig. Drahtmeldung.) Wir erfahren soeben, daß die französischen Truppen in Recklinghausen die gesamten Fleischbestände des städtischen Schlachthauses beschlagnahmt haben. Die Stadt ist vollkommen ohne Fleisch. Die Bürgerschaft und die Gewerkschaften werden heute zusammentreten, um über die Lage zu beraten. Ein Essener Oberingenieur, Ludwig Bodsch, der vor zwei Tagen auf dem Heimweg von einem daherrasenden verdunkelten französischen Militärauto überfahren worden war, ist gestern seinen Verletzungen erlegen.

Ein anarchistischer Mord in Frankreich.

Paris, 23. Januar. (Eig. Drahtmeldung.) Gestern nachmittag um 3¼ Uhr ist in der Redaktion der „Action Française" ein aufsehenerregender politischer Mord verübt worden. Eine 20jährige anarchistischen Bertoin, die schon seit einiger Zeit in der anarchistischen Bewegung eine hervorragende Rolle spielt, hat den Generalsekretär der „Camelots du Roi", namens Marius Plataud, durch fünf Revolverschüsse getötet und mit einem sechsten Schuß Selbstmord versucht. Sie verwundete sich nur leicht und wurde ins Krankenhaus geschafft. Bei ihrer Vernehmung sagte sie aus, daß der Anschlag eigentlich dem Direktor der „Action Française", dem Führer der französischen Royalistenpartei, Leon Daudet gegolten habe. Dieser ist dem Anschlag entronnen, weil er sich geweigert hatte, die unbekannte Besucherin zu empfangen.

Erklärungen des Reichskanzlers.

Köln, 23. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Reichskanzler Cuno gewährte dem Korrespondenten der „Köln. Zeitung" eine Unterredung, in der er u. a. folgendes ausführte: **Die Politik, die Frankreich treibt, ist nicht schwer zu durchschauen. Sie ist die Politik des rechtswidrigen Einbruchs, die Politik, die wir treiben, ist die des rechtsmäßigen Widerstandes mit den uns gebliebenen Waffen der Verweigerung des Gehorsams gegenüber rechtlosen Beschlüssen der Usurpatoren. Wir haben das Schicksal nicht herausgefordert, aber nun sind wir entschlossen, es durchzukämpfen. Wir wissen heute, daß durch nichts die Besetzung des Ruhrgebietes abzuwenden war. Es ist die Vermutung aufgetaucht, daß die französische Politik sich mit der Ruhrbesetzung für später ein Glacis oder Band schaffen möchte, um damit eine Reihe von Bedingungen zu erzwingen, die das Band zwischen dem Rheinland und dem übrigen Reiche lockern könnten. Auch solchen Versuchen gegenüber bleibt es bei dem, was ich namens der Regierung aussprach, daß keine deutsche Regierung es irgendwann gebe, sofern sie die ausschließlich unmittelbare und untrennbare Einheit mit dem Rheinlande preisgebe.**

Deutsche Antwort.

Hamburg, 23. Januar. (Eig. Drahtmeldung.) Im benachbarten Dünedorf bei Geesthacht erichten eine Ententekommission, um die dortigen Fabrikanlagen, die früher der Pulverfabrikation dienten, zu besichtigen. Von der Bevölkerung wurde ihr mitgeteilt, daß der Kommission wegen des Rechts- und Vertragsbruches im Ruhrgebiet der Zutritt nicht gestattet werden könne. Die Kommission mußte infolgedessen unverrichteter Dinge den Rückgang antreten.

Die neue Teuerungsaktion.

Weitgehende Rücksichtnahme auf das Ruhrrevier.

Berlin, 23. Januar. (Eig. Drahtmeldung.) Wie wir erfahren, werden die neuen Verhandlungen über die Erhöhung der Beamtengehälter und Staatsarbeiterlöhne zu Beginn der kommenden Woche im Reichsfinanzministerium beginnen. In einer gemeinsamen Konferenz der Gewerkschaften ist man sich darüber schlüssig geworden, bei den Forderungen weitgehende Rücksicht auf die Lage des Reiches, vor allem aber auf die Lage der Beamten und Staatsarbeiter im Ruhrrevier zu nehmen. Es dürfte deshalb mit der Tatsache zu rechnen sein, daß die gesamten Beamten und Staatsarbeiter des Reiches Opfer bringen werden zugunsten der durch die französische Okkupation schwer betroffenen Bevölkerung des Ruhrreviers.

Ein Dank Hindenburgs.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg bittet um Veröffentlichung folgender Zeilen: Gelegentlich des Weihnachtsfestes und Jahreswechsels sind mir zahllose Beweise freundlichen Meinungsgedankens von einzelnen sowie von Behörden, Vereinigungen, Verbänden, Körperschaften, Städten usw. zugegangen. Ich bin hierüber unendlich erfreut gewesen, aber meine Kräfte reichen leider nicht aus, jede Zuschrift zu beantworten. Darum bitte ich, es mir nicht zu verübeln, wenn ich meinen wärmsten Dank und meine herzliche Erwiderung treuer Segenswünsche in dieser Veröffentlichung zusammenfasse. Gott sei mit unserem teuren Vaterlande!

Das Beispiel von Braunschweig.

Vor einiger Zeit hat der deutschdemokratische preußische Landtagsabgeordnete Dominicus öffentlich die Anregung gegeben, im Interesse der Sparsamkeit der Staatsverwaltung die Zahl der Abgeordneten im Parlament des Reiches wie in denen der Länder herabzusetzen. In Braunschweig hat man diesen Gedanken nun zuerst in die Tat umgesetzt. Der braunschweigische Landtag hat mit zwei Drittel Mehrheit einen Antrag der Demokraten und der Deutschen Volkspartei auf eine Verfassungsänderung angenommen, wonach die Zahl der Abgeordneten von 60 auf 48 herabgesetzt wird.

Gewiß kann man einwenden, daß die hier gemachten Ersparnisse innerhalb des Gesamtrahmens des Haushaltes schließlich nicht gewaltig zu Buch schlagen, und daß die ganze Maßnahme eben doch sehr mechanischer Natur ist. Trotzdem wird man dieses Beispiel begrüßen müssen. Viele wenig machen auch ein Viel, und bei den heutigen Diäten der Abgeordneten, die naturgemäß der Teuerung entsprechend ebenfalls immer erhöht werden müssen, ist eine solche Ersparnis auf keinen Fall zu verachten. Schließlich gewinnen die parlamentarischen Beschlüsse über Beamtenabbau und ähnliches auch dadurch an moralischer und praktischer Bedeutung, wenn das Parlament mit sich selbst den Anfang macht.

Neue Tariferhöhungen der Reichsbahn.

100 Prozent ab 1. Februar.

Amtlich wird mitgeteilt: Die Personen- und Gepäcktarife werden ab 1. Februar 1923 um 100 v. H. erhöht. Die Erhöhung um 100 v. H. erstreckt sich auch auf die Schnellzugzuschläge und die Militärfahrpreise. Es werden somit ab genanntem Zeitpunkt an Schnellzugszuschläge erhoben:

	3. Klasse	2. Klasse	1. Klasse
Zone 1 (1 bis 75 Kilometer) .	200 M.	400 M.	800 M.
Zone 2 (76 bis 150 Kilometer) .	400 M.	800 M.	1600 M.
Zone 3 (über 150 Kilometer) .	600 M.	1200 M.	2400 M.

Die Gepäcktracht beträgt vom gleichen Tage ab 2 M. für je 10 Kilogramm und 1 Kilometer, die Mindestfracht 200 M. Gleichzeitig werden die Gebühren für Bahnsteigkarten und für Erlaubniskarten zum Betreten der Bahnsteige zum Aufgeben oder Abholen von Zeitungsbehälterbriefen verdoppelt. Neben dieser allgemeinen Erhöhung am 1. Februar 1923 tritt für den Nahverkehr gegenüber dem Stande seit 1. Januar insofern eine Vergünstigung ein, als die Entfernung für die Berechnung der Mindestfahrpreise sowohl für die Einzel- als auch für die Zeitkarten von 11 Kilometern auf 9 Kilometer herabgesetzt wird.

Preußischer Landtag.

Berlin, 22. Januar. Der Preußische Landtag hielt am Montag bei sehr schwacher Besetzung eine kurze ruhige Sitzung ab. Zur Beratung stand zunächst der Gesetzentwurf über die Genehmigung von Siedlungen nach § 1 des Reichssiedlungsgesetzes. Von deutschnationaler Seite wurden Bedenken geltend gemacht über die Gleichstellung Berlins mit dem übrigen Staatsgebiet hinsichtlich der Anwendung des Gesetzes, ferner über die Regelung der Zuständigkeit der Spruchkammern. Die Sozialdemokraten hatten hiegegen Bedenken entgegen. Bei einem Vertagungsantrag hielte sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses heraus. Man mußte also formell Schluß machen und diesen Gegenstand verlassen. Nach fünf Minuten Pause begann die neue Sitzung, in der man sich eingehend über die Notlage der Angehörigen der freien Berufe, insbesondere der Rechtsanwälte, Aerzte, Schriftsteller, Redakteure usw. unterhielt. Es lag vor ein Zentrumsantrag, der die Möglichkeit schaffen will, daß arbeitsfähige Angehörige der freien Berufe, die infolge unzureichenden Ertrages ihrer Arbeit ihre Familie nicht versorgen können, in geeigneten Verwaltungsstellen beschäftigt werden. Die Not der geistigen Arbeiter wurde in der Aussprache von allen Seiten anerkannt, weniger die Aussicht auf Erfolg auf Grundlage des Antrages. Freilich auch der Vorschlag des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Beyl, der einen Bund der „neuen Proletarier" mit den Alt-Proletariern herbeiführte und als Abhilfemittel die Einführung eines numerus clausus empfahl, stieß bei den bürgerlichen Parteien auf allgemeine Ablehnung. Der demokratische Abgeordnete Dr. Berndt sah zum mindesten für die Rechtsanwälte in der Beschränkung der Advokatenzahl eine nicht gutzumachende Schädigung der Rechtspflege. Der Ausschuß wird sich also damit zu beschäftigen haben, ob andere Auswege zu finden sind. Zum Schlusse gab es noch eine eingehende Besprechung über andauernde Gestaltung des Strafvollzuges im Rahmen einer Anzahl kommunistischer Anträge. Herr Renzel-Halle (Komm.) in ruhiger, Frau Rosa Wolffstein in um so heftiderer Art griffen Regierung und Parteien, insbesondere die sozialistische Reichspartei, in schärfster Weise an. Erst die sachlichen Darlegungen des Zentrumsabgeordneten Dr. Schmitt, der als Strafanstaltsdirektor ein vorzüglicher Kenner der Materie ist, stimmte die Beratungen wieder auf einen ruhigen Ton ab.

Die Deutschnationale Volkspartei erläßt auch einen Aufruf mit der Ueberschrift: „Das Vaterland ist in höchster Gefahr." Der Aufruf beschäftigt sich aber im wesentlichen mit der Aufforderung, Geld für die Parteikasse zu spenden. Die Verquickung von Patriotismus und Geschäft ist wenig geschmackvoll und wird auch von vielen Anhängern der Rechten abgelehnt werden.

Stadt-Theater.

Kater Lampe.

Komödie in vier Aufzügen von Emil Rosenow.

Regie: Fritz Günzel.

Das Stadttheater brachte gestern abend Rosenows Tier- und Bierkomödie „Kater Lampe" heraus. Angesichts der Zeitumstände ist das von dem schmorenden Pseudohasen in der Küche der Frau Seiferten erzeugte „Gerüchte" geeignet, Nachahmungsgelüste aufzureizen. Und das in einer Stadt, deren vielbeinige Dachwohnlerung jetzt schon um die Häuser der Feldhändler einen gewissen Bogen macht. Das unscheinbarste Tierleben kann eine folgenreiche Tragik erwecken, kann Gemeindeführtionsthrone stürzen, kann Szenen inspirieren wie in Hans Reimanns („Wähm gehärd denn nur die Gadze?"), ja kann sich zum Helden eines Dramas aufschwingen, um dann — ganz richtig wie in der mustergültigen Tragödie — sein edles Leben nach Entschuldigung durch das Schwert der Gerechtigkeit aussuchen.

Von den Dramen des 1904 im Alter von 33 Jahren verstorbenen Rosenow (Die im Schatten leben, Daheim, Kater Lampe) erfreut sich die Katerkomödie einer fast uneingeschränkten Beliebtheit und sie wird ein zähes Leben zeitigen. Die Gestalten der Handlung sind Urtypen, wie sie heute noch in den Spielwarenindustriedörfern des sächsischen Erzgebirges zu Dutzenden vorkommen, und das Leben ist mit einer feinen Beobachtung geschildert, einer liebevollen Versenkung in die Eigenheiten der Erzgebirgler, daß jeder Volkskundler seine helle Freude daran hat. Ueber die landschaftliche Gebundenheit aber erhebt sich das Stück durch die Art der dargestellten Charaktere und durch die fein angetippten oder stärker ausgeführten Probleme: die Selbstbehauptung des Bauernstandes gegenüber der aufkommenden Industrie, das Ringen zwischen Industrie und handwerkerlichem Kleingewerbe, der Einbruch der mundwerkselenkigen Frau Raffke in die Bauernstube des biederen Gemeindegewaltigen, dem die eigene Olle das Rückgrat zu stärken hat. Wollte man noch weitere Gegenüberstellungen vornehmen, so wäre es nicht schwer, etliche gar nicht so unbedeutende Probleme herauszufinden: die Tierliebe des schlichten Drechslergesellen und das zweckmäßigkeitsprinzip. Und so weiter. Aber so tragisch nimmt Emil Rosenow in diesem Stück die Gegensätze gar nicht, mit kräftigem Witz und gesundem, beißendem Humor umkleidet er die Eigentümlichkeiten der Mitbewohnerung und gibt ein Kulturbild, das lange noch freundliche Stunden schaffen und dem toten Kater ein rühmlicher Nachruf bleiben wird.

Die Aufführung im Stadttheater, für die Fritz Günzel verantwortlich zeichnete, erhob sich weit über die vor etlichen Jahren im Thalialaal gezeigte. Eindrucksvolle und — soweit es eben ging — echte, erzgebirgerische Ausstattung des Gemeindeamtes, der Arbeitsstube der Schnitzerfamilie, der Gemeindebierstelle und der Schenke gaben den Hintergrund, vor dem sich als reizbeleichender, knorriger und schnurriger Ortsregent Rob. Förster, als Spielwarenverleger Alfred Durra, als Geselle Neumerkel Walter Henneberg und der Landbriefträger Otto Tiedemann in der über ein Vierteljahrhundert zählenden Spielerschar tummelten. Eine prächtige, unaufdringlich spielende, darum aber um so überzeugender wirkende Figur bot Richard Helfing mit dem Gemeindepolizisten; als kein großer Gendarmenknuder fand sich Fritz Hensel mit seiner Rolle noch so gut wie ihm eben „lag". Eine starke Stütze fand die Aufführung in der Frau Ermisher unserer unbegabbaren Hermine Ziegler, der jede Rolle, die sie anpackt, zum Erfolg wird. Von den anderen Frauengestalten ragten noch hervor die treffliche Seiferten der Charlotte Jahn und die ein wenig kraße Neubert-Raffke der Paula Theiter.

Dialektaufführungen haben immer ihre Schwierigkeiten und daß die Mundartbehandlung trotz der nahelegenden sächsischen Gaue restlos befriedigend war, wird wohl der wohlwollendste Besucher nicht behaupten können. Echt waren Helfing und die Ziegler. Zum mindesten aber sollte man versuchen, bayerische Anklänge auszumerzen. Sonst aber war der Katerbraten recht kulperig zubereitet. Und ob er gemundet hat? „Ach euch. Gnädr hammr nich, unn da behaldn mr ähm die Gadze. Aus Blödsdäb!" -Rb-

Stadttheater. Heute geschlossene Vorstellung. Die Dienstag-Stammkarten gelten ausnahmsweise am Sonnabend, den 27. Jan., Mittwoch und Sonnabend, 3½ Uhr, Weihnachtsmärchen „Wie Klein-Else das Christkind suchen ging". Mittwoch, abds. 7½ Uhr „Der Rosenkavalier" von R. Strauß, Donnerstag „Der Wettlauf mit dem Schatten". — Die Stammkarten-Inhaber des Stadttheaters, die die jetzt fällige dritte Rate noch nicht bezahlt haben, werden nochmals um baldigste Einlösung an der Kasse des Stadttheaters ersucht.

Freie Volksbühne. Die Theaterkarten für das sechste Werk (Die Zauberflöte und „Der politische Kannegießer") sind für alle Bezirke diesmal nur in der Geschäftsstelle einzulösen, und zwar für G vom 24. bis 27. Jan., für die übrigen vom 26. Jan. bis 4. Febr. Infolge der Geldentwertung und der damit verbundenen Erhöhung der Stadttheatereintrittspreise ist mit einer erheblichen Erhöhung zu rechnen.

2. Hausmusikabend der Gitarristischen Vereinigung e. V. Ein Erfolg wie der erste. Die Spielfolge wies Werke auf von Br. Henze, H. Scherrer, H. Albert, H. Ruch, F. Gofferje, F. Carulli und Fr. Sor. Neben den altbekannten Volksliedern Scherrers und dem Abendlied von Gofferje, die sichlich und sauber von A. Polten vorgetragen wurden, gefiel vor allem die Sonatine in C-Dur für Gitarre, Solo von Heinrich Albert, die derselbe Solist mit guter Technik und feiner Herausarbeitung der Motive zu Gehör brachte. Die Suite für drei Gitarren von Br. Henze und die Abendmusik von F. Carulli für zwei Gitarren hätten auch Skeptiker, die der Gitarre ihren musikalischen Wert gern abstreiten möchten, überzeugen und befriedigen können. Der kleine Saal des Gemeindehauses Paulus war diesmal schon etwas reichlicher besucht als das vorhergehende Mal. Es ist erfreulich, daß die Abende der zahen Gitarre- und Lautenmusik, die bereits durch den Wandervogel wieder weite Verbreitung gefunden hat, neue Freunde zuführen. Ein Instrument, dem ein Bach und ein Schubert ihr Interesse widmeten, verdient wohl, wieder mehr gewürdigt zu werden. K. Tr.

Die deutsche Sprache in Finnland. Der Rektor der Universität Helsingfors hat sich bei Beginn des neuen Schuljahres über die deutsche Sprache geäußert. Er bezeichnet die Deutschen als das Volk unter den großen Völkern, das den Finnen von jeher am nächsten stehe und Finnland vom frühesten Mittelalter an, am stärksten dann in der Reformationszeit, beeinflußt habe, auch in der Gegenwart trotz manchem, was der Finne nicht verstehe und nicht liebe, doch ihm verwandt und durch vieles Gemeinsame verbunden sei. Unter allen Kultursprachen ist es daher die deutsche, die in Finnland fast alle durch eine höhere Schulbildung Gegangenen am besten kennen und die deshalb auch in den Schulen den ersten Platz einnimmt.

Die erste saarländische Kunstschau. Die Vereinigung der Kunstfreunde an der Saar veranstaltet jetzt in Saarbrücken die erste „Saarländische Kunstschau". Die Ausstellung, die in der für diesen Zweck herangerichteten Turnhalle des Realgymnasiums stattfindet, nicht einen ersten Versuch, das Kunstschaffen im Industriegebiet zu einer Gesamtdarstellung zu vereinigen. Der Versuch verdient um so mehr Anerkennung, als er sich gänzlich auf die im Saargebiet selbst schaffenden Künstler beschränkt, mit sehr wenigen Ausnahmen. Die bedeutendsten davon sind zwei Bilder des aus St. Ingbert gebürtigen, im Kriege gefallenen Albert Weisgerber: das Bildnis seiner Mutter aus dem Jahre 1900 und ein Bildnis seines Bruders, 1908 gemalt. Von anderen im Saargebiet beheimateten, jetzt auswärts tätigen Künstlern sandten Arbeiten aus München der Bildhauer Fritz Claus, der Maler Otto Weil, der Karikaturzeichner Schondorf. Von den saarländischen Künstlern wird eine Arbeit von Fritz Arnold, ein Zyklus „Der Krieg, wie ich ihn sah", als erste der graphischen Veröffentlichungen der Vereinigung der Kunstfreunde an der Saar erscheinen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230123019/fragment/page=0002